

2 Die zeitliche Perspektive

Eine Möglichkeit sich den Hochschulen zu nähern, ist, Entwicklungen im zeitlichen Ablauf zu betrachten. Im Fokus dieser Perspektive steht vor allem die Frage nach Stabilität und Wandel basaler Strukturen von Hochschulen und Hochschulsystemen. Gleichzeitig werden in dieser Perspektive historische Bedingtheiten von Reaktionen der Hochschulen auf neue Erwartungen der Gesellschaft sicht- und erklärbar. Gerade weil Hochschulen – um genauer zu sein: Universitäten – über eine sehr lange Historie in sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen verfügen, ist es sinnvoll, eine solche zeitliche Perspektive am Anfang dieses Buches einzunehmen, um so zwar häufig latente, aber dennoch wichtige Einflussfaktoren auf die heutigen Hochschulen zu erkennen und zu verstehen. Für an Hochschulforschung Interessierte lohnt sich also der Blick zurück und die Frage nach dem Woher.

Wir konzentrieren uns dabei im ersten Teil dieses Kapitels zunächst auf verschiedene relevante historische Etappen der Entwicklungen der Hochschulen in Deutschland (2.1). Im zweiten Teil des Kapitels wenden wir uns den seit den 1990er Jahren feststellbaren Reformbestrebungen zu (2.2). Hierbei zeigen wir unter anderem, dass die neueren Entwicklungen und deren praktischen Auswirkungen mit der historischen Entwicklung der Hochschulen verwoben sind.

2.1 Hochschulen in der Geschichte – Autonomie trotz Abhängigkeit

Universitäten sind neben der Kirche und den Klöstern sehr alte Organisationsformen in Europa (Stichweh 2005, 123). Der Hochschulforscher Clark Kerr hat einmal eine grobe Rechnung erstellt, der zufolge mehr als 80 Prozent der Organisationen, die es weltweit gegenwärtig gibt und die eine Geschichte von mehr als 500 Jahren aufweisen, Universitäten sind (Kerr 2001, 115). Produzierende Unternehmen, Staaten, supranationale Einrichtungen und andere heutzutage so wichtige Organisationen sind historisch eher – zum Teil sogar deutlich – jüngerer Datums. So lassen sich in Europa Universitäten finden, die über eine mehr als 800jährige Geschichte verfügen. Zugleich hat sich der „Archetyp“ (Greenwood und Hinings 1988) der Hochschule, also ihre Struktur und die an sie gerichteten Vorstellungen und Erwartungen, in den Grundzügen bereits vor Jahrhunderten entwickelt. Dies führt dazu, dass sich die historische Entwicklung sowohl in der Struktur und den Traditionen der Hochschulen als auch in den Erwartungen ihrer Umwelt ihr gegenüber, zum Beispiel wie eine Hochschule auszusehen hat oder welche Aufgaben sie zu erfüllen hat, widerspiegelt. So finden wir auf der Strukturebene an mittelalterlichen und heutigen Hochschulen

Professoren, kollegiale Entscheidungsgremien und das Unterrichten von Studierenden. Gleichzeitig erwarten wir aber auch von Hochschulen, dass sie Professoren, kollegiale Entscheidungsgremien und Studierende vorweisen können.

Zwar finden wir im historischen Ablauf auch Veränderungen, so zum Beispiel die Integration der Forschung im 19. Jahrhundert (vgl. zum Beispiel Paletschek 2010), müssen aber auch eine erstaunliche Kontinuität in den Grundzügen konstatieren. Hochschulen konnten demnach über Jahrhunderte „die Notwendigkeit ihrer Existenz nach innen und außen“ (Engels 2004, 12) legitimieren und erweisen sich als eine „immensely flexible institution, able to adapt to almost any political situation and form of society“ (Perkin 1991, 169).

Wir werden im Folgenden zunächst die Entwicklung der Universitäten im Mittelalter beschreiben, um uns dann der Krise der Universitäten beim Übergang in die Neuzeit zuzuwenden. Die Überwindung dieser Krise und die damit einhergehende Neukonzeption der Universitäten sind besonders mit dem Universitätskonzept Wilhelm von Humboldts verbunden, das in seiner Grundidee und Umsetzung ebenfalls behandelt wird. Wir gehen dann kurz auf die Entwicklung der Universitäten in der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Diktatur ein. Es folgen Betrachtungen zu den Entwicklungen nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland, wobei wir insbesondere auf die Einführung der Gruppenuniversität eingehen. Zu beachten ist, dass die folgende Darstellung der historischen Entwicklung in dieser Einführung nur skizzenhaft erfolgt.⁴ Es kann nur darum gehen, wichtiges Grundlagenwissen zu vermitteln, nicht aber eine umfassende Geschichte der Hochschulentwicklung in Deutschland vorzulegen.

2.1.1 Die Gründung der ersten Universitäten im Mittelalter

Die ersten als Universitäten zu bezeichnenden sozialen Einheiten entstanden im 11. bzw. 12. Jahrhundert in Bologna und Paris. Eine exakte zeitliche Bestimmung ist nicht möglich, da es sich bei beiden Universitäten um spontane Zusammenschlüsse handelte, die erst später als Archetypen der Universitäten zu erkennen waren (vgl. Fisch 2015, 9f.). Die Gründung der Universität Bologna wird zumeist auf das Jahr 1088 datiert – damit ist sie die älteste Universität in Europa.

Interessant hierbei ist, dass die Universitäten in Bologna und Paris unterschiedliche dominierende Gruppen herausbildeten. Während in Paris die Lehrenden die Universitäten dominierten, weil ihre Bezahlung durch die Kirche erfolg-

⁴ Ausführlich und grundlegend zur Geschichte der europäischen Universitäten Rüegg (1993, 1996, 2004, 2010).

te, waren es in Bologna die Studenten (Cobban 1992, 1247), weil diese die Lehrenden finanzierten. Bereits in dieser Phase der Universitätsentwicklung gab es Auseinandersetzungen zwischen Lehrenden und Lernenden um die Vormachtstellung bzw. die Beteiligung der beiden Gruppen an der Kontrolle „ihrer“ Universität. Im Laufe der weiteren Entwicklung haben dabei die Lehrenden ihre Machtposition insbesondere durch die staatliche Absicherung ihrer Einkommen ausbauen können, der Pariser Archetyp hat sich demnach durchgesetzt.⁵

Intern waren die mittelalterlichen Universitäten durch die akademische Gilde geprägt, also einen genossenschaftlichen Zusammenschluss der Professoren, die gemeinsam ihre Interessen verfolgten (vgl. Cobban 1992, 1246). Dem Gildeprinzip folgte auch der interne Aufbau der Universitäten. Die „Allgemeine Versammlung“ (concilium generale) der Professoren war als Ausdruck des genossenschaftlichen Zusammenschlusses das höchste Entscheidungsgremium innerhalb der Universitäten. Nicht jeder Lehrende hatte allerdings Zugang zu dieser Versammlung, sondern nur die „Würdigsten (...): die Inhaber der höchsten Grade, die Magister, die Doktoren, wenngleich die Abgrenzung nach unten von Universität zu Universität variierte“ (Roellecke 1982, 14). Innerhalb der Gruppe der Lehrenden bestand also eine hierarchische Differenzierung, die sich im beschränkten Zugang zur Allgemeinen Versammlung manifestierte.

Die laufenden Geschäfte wurden in mittelalterlichen Universitäten meist von einem für ein halbes Jahr gewählten Rektor wahrgenommen. Die Wahl konnte durch die Allgemeine Versammlung, einen Ausschuss oder durch Wahlmänner, die dann von allen Universitätsangehörigen (Lehrenden und Studenten) bestimmt wurden, erfolgen. Der Rektor hatte umfassende Befugnisse wie die Verwaltung des Vermögens, Entscheidung bei Streitigkeiten zwischen Universitätsangehörigen und die Wahrnehmung der Rechte und Privilegien der Universität nach außen. Neben dem Rektor bestand häufig ein Rat (senatus concilium), der den Rektor, die Dekane und Prokuratoren umfasste (Roellecke 1982, 14). Dieser Rat hatte zunächst nur beratende Funktionen, konnte aber im Zeitverlauf eigenständige Entscheidungskompetenzen erlangen. In der Entstehungsphase der Universitäten sind also bereits akademische Selbstverwaltungsstrukturen erkennbar, die auch heute noch an Universitäten vorzufinden sind. Auch universitätsspezifische Symbole und Rituale, die die Universitätsgeschichte über Jahrhunderte geprägt haben – Siegel, Talare, Amtsketten, feierliche Graduierungen – entstammen ebenso wie die auf 45 Minuten festgelegte Vorlesungsstunde der mittelalterlichen Universität (Weber 2002, 21).

⁵ Vergleiche zum Beispiel in Bezug auf die Gründung der Universität Heidelberg Wolgast (1986, 4f.).

Im Gegensatz zu den modernen, im 19. Jahrhundert entstandenen Universitäten hatten die mittelalterlichen aber nur minimale administrative Strukturen, denn sie umfassten meist nur wenige Professoren und nicht mehr als 100 bis 200 Studenten (vgl. Ellwein 1992, 34). So schreibt Paulsen (1965, 21): „Am ersten wird man sie mit einer grossen Internatsschule vergleichen können.“ Studiert werden konnte in vier Fakultäten, die eine hierarchische Struktur mit der Theologie an der Spitze bildeten. Das Studium begann an der Artistenfakultät, so genannt nach den „*artes liberales*“, den Grundfächern, wie zum Beispiel Grammatik, Rhetorik und Logik. In dieser Phase des Studiums sollten die unterschiedlichen Eingangsvoraussetzungen der Studenten ausgeglichen werden, die dadurch entstanden, dass keine spezifischen Zugangsvoraussetzungen zur Aufnahme eines Studiums bestanden. Nach einem Abschluss an der Artistenfakultät konnten dann die anderen drei Fakultäten – die juristische, die medizinische oder die theologische – besucht werden (vgl. Roellecke 1982, 8).

Neben den internen Strukturen sind auch die Bezüge der Universitäten zur staatlichen und kirchlichen Obrigkeit – also das Ausmaß ihrer Autonomie – relevant. Während der staatliche und kirchliche Einfluss bei den spontanen Universitätsgründungen zunächst eher begrenzt war, verändert sich dies in der ersten Expansionsphase der Universitäten im späten Mittelalter. Universitäten entstanden jetzt nicht mehr aus spontanen Zusammenschlüssen, sondern sie wurden, wie die deutschen Universitäten, „nach fertigem Schema gegründet“ (Paulsen 1965, 18). Diese Gründungen verfolgten dabei bestimmte Zwecke, wie zum Beispiel die Ausbildung von Staatsbeamten. So wurde die Universität Neapel 1224 von Kaiser Friedrich II. mit dem Ziel gegründet, „aus den Absolventen der Universität die Richter und die Beamten für seinen entstehenden Verwaltungsstaat [zu] rekrutieren“ (Fisch 2015, 11). Die Zahl der Universitäten in Europa stieg so von 15 bis 20 im 12. Jahrhundert auf ca. 70 bis zum Ende des 14. Jahrhunderts an (Cobban 1992, 1248). Dies war auch ein Effekt der wachsenden „staatlichen“ Hochschulpolitik im 14. Jahrhundert – wobei mit „Staat“ vor allem die Fürsten und städtischen Behörden gemeint sind (Nardi 1993, 99ff.).

Im deutschsprachigen Raum kam es vergleichsweise spät zur Gründung von Universitäten – die erste Universität im Heiligen Römischen Reich entstand 1348 in Prag; auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik Deutschland kamen 1386 die Universität Heidelberg, 1388 die Universität Köln und 1389 die Universität Erfurt hinzu. Gründer waren vor allem Landesherren, zuweilen die Kirche und in einigen wenigen Fällen freie Städte (Ellwein 1992, 24).

Neugründungen mussten zum einen wirtschaftlich durch Pfründe abgesichert werden und zum anderen durch gewährte Privilegien Reputation erlangen. Die wirtschaftliche Absicherung geschah oftmals durch die Übertragung von

Höfen oder Dörfern an die Universitäten durch den Gründer, d.h. in der Regel durch den Landesherren. Diese Einnahmen kamen dann der Universität und hier insbesondere den Lehrenden zugute, die sich dadurch neben den Zahlungen der Studenten eine weitere Einnahmequelle sichern konnten. Die Landesfürsten versuchten nicht nur, eigene Privilegien zu verleihen, sondern sich zugleich die Unterstützung von Kaiser und Papst für ihre Gründungen zu sichern. Diese gewährten Privilegien wirkten als Einflussabsicherung der Gründer (vgl. Ellwein 1992, 31ff.).

Ein Teil dieser Privilegien bestand in der Zusicherung von relativer Autonomie der Universitäten, die auch durch die selbstverwalteten Pfründe erhöht wurde, da diese eine zumindest teilweise finanzielle Autonomie ermöglichten.⁶ Ein zentrales Privileg war zum Beispiel die Entscheidung oder zumindest Mitwirkung bei der Berufung neuer Professoren. Hinzu kam ein autonomes Prüfungsrecht der Universitäten.

Die institutionelle Autonomie der mittelalterlichen Universität wurde dabei von einer Konkurrenz zwischen weltlichen und religiösen Einflussversuchen geprägt, was vermutlich die Autonomie erhöhte. Der Grad der faktischen Autonomie der Universitäten ist allerdings schwer zu beurteilen. Sicher ist aber, dass die Universitäten nicht vollkommen autonom agierten, was auch mit ihrer grundsätzlichen Abhängigkeit von den finanziellen Zuwendungen der Gründer zusammenhängt. Ellwein stellt fest, dass es „schon im Mittelalter zu deutlichen Eingriffen in das Satzungsrecht oder in die Vermögensverwaltung der Universitäten“ (Ellwein 1992, 34) kam (anschaulich wird dies von Wolgast (1986 zum Beispiel 5, 27, 34, 46ff., 56ff.) in Bezug auf die Universität Heidelberg beschrieben). Allerdings musste trotz dieser Eingriffe zumindest der Schein der Autonomie aufrechterhalten werden, um die Reputation der Universität und damit die Anziehungskraft auf die Studenten nicht zu zerstören.

Aus der heutigen Sicht ist dabei weniger interessant, ob bzw. bis zu welchem Grad die Universitäten autonom und selbstverwaltet waren, sondern vielmehr, dass der Anspruch auf Autonomie bereits am Anfang der Universitätsentwicklung formuliert wurde. Das Verhältnis von Autonomie und Abhängigkeit markiert ein Konfliktfeld, das gerade auch für die gegenwärtigen Diskussionen um Hochschulen in Deutschland und Europa einen wichtigen Referenzpunkt bildet.

⁶ Einige dieser Privilegien wie das Schankrecht oder das Apothekenprivileg dienten dann gleichfalls zur wirtschaftlichen Absicherung der Universität. Weitere Privilegien waren zum Beispiel die eigene Gerichtsbarkeit oder die Befreiung der Häuser der Professoren von Einquartierungspflichten.

2.1.2 Die Krise der Universitäten und die Entstehung der experimentellen Naturwissenschaften

An der internen Struktur und der Größe der Universitäten änderte sich bis zur Neuzeit relativ wenig. Die vorherrschende Gruppe blieben die Professoren, die interne Fächerhierarchie mit der Theologie an der Spitze blieb ebenfalls erhalten und die Universitäten blieben relativ klein (vgl. Ellwein 1992, 53).

Zwei zentrale Prozesse sind allerdings für die weitere Entwicklung der Hochschulen hervorzuheben. Erstens der Konflikt zwischen Glauben und Wissen, in dessen Verlauf der Einfluss der Kirche auf die Wissenschaft mehr und mehr zurückgedrängt wurde. Zweitens stieg komplementär zum Einflussverlust der Kirche der Einfluss des Staates erheblich an. Aufgrund der sich entwickelnden modernen Staatstätigkeit benötigte der Staat loyale, gut ausgebildete Staatsbedienstete und forderte deren Ausbildung von den finanziell abhängigen Universitäten ein.

Aus der innerwissenschaftlichen Sicht ist die Zeitspanne des Übergangs zwischen Mittelalter und Neuzeit „wohl als ein Prozess zu begreifen, in dem immer wieder neu die Spannung zwischen Wissen und Glauben, zwischen gläubiger Gewissheit und vernünftiger Erklärung ausgetragen wird“ (Ellwein 1992, 39). In diesem Prozess verlor die Kirche die Kontrolle über Lehr- und Forschungsinhalte der Universitäten. Der Einfluss der Kirche wurde zudem dadurch zurückgedrängt, dass bei den etwa 50 Hochschulgründungen zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert fast ausschließlich Landesherren als Gründer in Erscheinung traten, während die Kirche als Gründerin und auch als Verleiherin von Privilegien mehr und mehr an Bedeutung verlor (Frijhoff 1992, 1253). Während also im Mittelalter die Autonomie der Universitäten auch durch die Konkurrenz zwischen Kirche und Staat stabilisiert wurde, entfiel nun dieses stabilisierende Element, was es dem Staat deutlich besser ermöglichte, die Autonomie der Universitäten zu beschneiden. Durch die Bindung an den Landesherren wuchs auch die Heterogenität innerhalb des Systems, weil die Universitäten sich zwar in ihrer Grunderscheinung ähnelten, aber auch „entscheidendes (...) nicht gemeinsam haben – so den Glauben und später Anforderungen der weltlichen Herrschaft, die sich so unterscheiden, wie diese Herrschaften selbst“ (Ellwein 1992, 43).

Diese Differenzierung und die immer stärkere Verschränkung mit den Bedürfnissen des Staates wirkten sich auch auf die Funktion der Hochschule aus. Sie wurde mehr und mehr zur Ausbildungsstätte für den wachsenden Bedarf des Staates an loyalen Beamten. Ausbildung – nicht in erster Linie Wahrheit, Forschung oder Wissenschaft – stand also im Mittelpunkt der Universitäten. Dies hatte den Effekt, dass „die Universität (...) eine staatstragende und den Staat

damit sichernde Einrichtung“ (Ellwein 1992, 44) wurde: „die Universität galt als Staatsanstalt neben anderen, über die der Landesherr volle Verfügungsgewalt besaß“ (Wolgast 1986, 71). Der staatliche Charakter, aber auch die Funktion der Ausbildung, zeigt sich zum Beispiel in den Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts für die Preußischen Staaten, das in seinem zweiten Teil, zwölfter Titel §1 bestimmte: „Schulen und Universitäten sind Veranstaltungen des Staats, welche den Unterricht der Jugend in nützlichen Kenntnissen und Wissenschaften zur Absicht haben.“ (ALR 1794, II12 §1)

Die Umstellung der Lehrinhalte von der Verkündigung von Wahrheit oder Wahrheitsdogmen auf Ausbildung hatte den Effekt, dass die Lehrinhalte und die Lehrmethoden der Universitäten geöffnet wurden (vgl. Roellecke 1982, 19). Während in der mittelalterlichen Universität die Lehre vor allem darin bestand, zunächst Bücher durch Diktat zu reproduzieren, diese dann zu verlesen und dem Wortgehalt nach zu interpretieren, erforderte die zunehmende Ausbildungsfunktion andere Lehrformen, die weniger „Erstarrungsgefahren“ bargen und größere „Freiräume“ ermöglichten (Ellwein 1992, 38). Zudem war für Staatsbedienstete in der Neuzeit das Ziel des mittelalterlichen Studiums, nämlich die Fähigkeit zur Disputation, d.h. das Bestehen in einem Redeturnier mit sehr detaillierten Regeln und klar verteilten Rollen (Bonjour 1971, 85), eine wenig relevante Fähigkeit. Die Stärkung der Ausbildungsfunktion öffnete also die erstarrten Lehrinhalte und Lehrformen der Universitäten und ist deshalb keineswegs als einseitig negatives Phänomen anzusehen. Hinzu kommt, dass durch das Anwachsen der Ausbildungsfunktion die Universitäten lange Zeit nur einem begrenzten Existenzrisiko unterlagen. Solange die Funktion der Ausbildung von Staatsdienern erfüllt wurde und der Träger – also der Landesherr – bereit war, die Universität zu finanzieren, waren die Universitäten trotz der vielfältigen „revolutionären geistesgeschichtlichen Entwicklungen“ (Ellwein 1992, 47) nicht in ihrer Existenz bedroht. Die einseitige Abhängigkeit von dieser Finanzierung führte allerdings dazu, dass die Universitäten geistesgeschichtliche Entwicklungen wie den Humanismus, die Reformation und Gegenreformation oder die Aufklärung längere Zeit ignorieren konnten.

Trotz der staatlichen Abhängigkeit und der wachsenden Ausbildungsanforderungen kam es aber nicht zu einer vollständigen Durchdringung der Universitäten durch den Staat. Universitäten behielten vielmehr einen autonomen Bereich, der nicht durch den Staat kontrolliert wurde, nicht zuletzt aufgrund der autonom verwalteten Pfründe bzw. Privilegien (Gerbod 2004, 84f.). Um die Ausbildungserfordernisse dennoch abzusichern, verfolgten die staatlichen Stellen zwei Strategien. Erstens kam es zum Aufbau von administrativen Strukturen zur Kontrolle der Universitäten. Die Kuratoren, aus denen später die Kanzler hervorgingen, standen am Anfang dieser Entwicklung (vgl. Roellecke 1982, 21).

Zweitens wurden für die drei oberen Fakultäten (Theologie, Medizin, Recht) neben dem Universitätsexamen zunächst Staatsexamen (Medizin, Recht) bzw. ein kirchliches Einstellungsexamen (Theologie) eingeführt, die schließlich mit einer zusätzlichen Vorbereitungszeit kombiniert wurden (Ellwein 1992, 51). Sowohl der Staat als auch die Kirche misstrauten also den zum Teil selbstverwalteten Universitäten und führten deshalb eigene Prüfungen ein, in der die Loyalität potentieller Staatsdiener und Pfarrer überprüft wurde. In Deutschland bilden noch heute die Staatsexamen und das Referendariat im Rahmen der Lehrer- und Juristenausbildung Reste dieser staatlichen Kontrollstrategie.

Die Auslagerung von Prüfungen und Teilen der Ausbildung von Staatsbediensteten eröffnete Freiräume innerhalb der Universitäten, die es ermöglichten, neue Wissensbestände und Fächer zu integrieren und auch jenseits von Nützlichkeitsabwägungen oder Ausbildungserfordernissen nach Erkenntnissen zu suchen. Diese Integration fand vor allem in der Artistenfakultät statt. Zwei Gründe scheinen dafür ausschlaggebend gewesen zu sein. Erstens bestand in der Artistenfakultät grundsätzlich ein größerer Freiraum, da hier keine direkte Ausbildungsfunktion für den Staat übernommen wurde. Zweitens entstanden universitätsexterne Vorbereitungsschulen, die die Aufgabe der Angleichung der Grundkenntnisse der Studenten übernahmen. Die Artistenfakultät wurde also von der mittelalterlichen Funktion der grundlegenden Ausbildung der Studenten entlastet und konnte so andere Aufgaben übernehmen. Beide Aspekte führten dazu, dass sich das „Innovationszentrum“ der neuzeitlichen Universitäten in Richtung der Artistenfakultät verschob (Ellwein 1992, 53).

Die Auslagerung von Prüfungen und Teilen der Ausbildung eröffnete Freiräume, unterminierte aber zugleich die existenzsichernde Ausbildungsfunktion der Universitäten. Diese Situation verschärfte sich zusehends dadurch, dass durch die Gründung von Spezialschulen ebenfalls die Anforderungen der Ausbildung erfüllt werden konnten. Im späten 17. Jahrhundert war die Institution Universität in weiten Teilen Europas ziemlich nahe „am Aussterben“ (Daxner 2000, 224) und den „(...) aufklärerisch-pragmatisch konzipierten Spezialschulmodell[en]“ (vom Bruch 1999, 31) schien die Zukunft zu gehören. Die Existenz der universalistischen Universität war demnach zu diesem Zeitpunkt nicht gesichert. Die Schließung von einer nicht geringen Anzahl von Universitäten gibt davon beredtes Zeugnis (vgl. Roellecke 1982, 21).

Für die Universitätsgeschichte ist zudem bedeutsam, dass die Institutionalisierung der experimentellen Naturwissenschaften zunächst außerhalb der Universitäten stattfand. Für die Renaissance in Italien arbeitet Zilsel (1976) heraus, dass deren soziale Ursprünge aus der historisch neuartigen Verbindung von drei bislang sozial unverbundenen Gruppen entstand: den akademischen Gelehrten, den humanistischen Literaten und den höheren Handwerkern. Während die

beiden Erstgenannten zwar über theoretisches Wissen und die Methode der rationalen Beweisführung verfügten, fehlten ihnen das notwendige praktische Wissen und die handwerklichen Fähigkeiten der dritten, sozial deutlich statusniedrigeren Gruppe, deren Kenntnisse ein Gelehrter wie Galileo Galilei übernahm. Dennoch kann man hier trotz zahlreicher wissenschaftlicher Erfindungen und Entdeckungen noch nicht von einer Institutionalisierung der Naturwissenschaften und insbesondere der damit verbundenen experimentellen Methode sprechen. Dies geschah erst im England des 17. Jahrhunderts mit der Gründung der Royal Society, der ersten wissenschaftlichen Fachgesellschaft, die 1662 gegründet wurde. Der Titel der mit ihrer Gründung verbundenen Fachzeitschrift – *Philosophical Transactions* – zeigt, dass die experimentellen Naturwissenschaftler in ihrer Frühphase eng mit der Philosophie, insbesondere der Naturphilosophie, verbunden waren.

Für die Entstehung des naturwissenschaftlichen Weltbildes war vor allem die Distanz zur Religion, aber auch zu anderen gesellschaftlichen Bereichen erforderlich. So wird in der Charta der Royal Society von 1662 diese Distanz mit den Worten „not Meddling with Divinity, Metaphysics, Moralls, Politicks“ (zitiert nach Felt et al. 1995, 36) festgehalten. Dennoch kann man hier nur von einer schwachen Institutionalisierung sprechen, da es sich bei den Mitgliedern der Royal Society um sogenannten „Gentlemen-Wissenschaftler“ handelte, die finanziell unabhängig waren, über kleine private Laboratorien verfügten und Experimente im kleinen und vertrauensvollen Kreis ihrer Mitglieder durchführten (Shapin 1994). Zur Institutionalisierung kam es erst mit der Gründung wissenschaftlicher Akademien. So heißt es bei dem Wissenschaftssoziologen Ben-David (1991, 160): „The only institutions which supported science in the eighteenth century (there were no institutions of organized research) were the academies.“ Hier galt lange Zeit Frankreich als führend. Die damit institutionalisierte Trennung von Forschung und Lehre wurde dann erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts aufgehoben, und zwar nicht in Frankreich, sondern in Deutschland. Dies führte zu einer Revitalisierung der Universitäten, und die moderne Forschungsuniversität entstand. Diese Erneuerung ist dabei eng mit Wilhelm von Humboldt und seiner Universitätskonzeption verbunden, die im Folgenden näher betrachtet werden soll.

2.1.3 Wilhelm von Humboldt und die Entstehung der Forschungsuniversität im 19. Jahrhundert

Obwohl Wilhelm von Humboldt nur kurze Zeit Leiter der „Sektion für Kultus und Unterricht“ in Preußen war, ist sein Einfluss auf die Universitätsentwicklung – nicht nur in Deutschland – von immenser Bedeutung. Als Ausdruck der

humboldtschen Universitätsidee wird dabei die Universität in Berlin, die 1810 gegründet wurde, angesehen.

Ganz grundsätzlich sind zwei neue Elemente bei von Humboldt zu finden: der „Einzug der Forschung in die Universität in Gestalt der forschenden Lehre“ und „die gleichzeitige Ausformung eines Systems moderner, systematisch methodengenaue Fachwissenschaften“ (vom Bruch 1999, 31). Wichtig an diesen Kernelementen ist, dass die Universitäten aus der „Ausbildungsklammer“ des Staates herausgelöst werden sollten und die Forschung mit der Suche nach Erkenntnissen im Mittelpunkt stehen sollte.⁷ Es kommt zur engen Verbindung von Forschung und Lehre im Rahmen einer Rolle, des Professors, und einer Organisation, der Universität (Ben-David 1991, Part II). Zudem wird durch die Integration aller Fachwissenschaften deutlich der Konzeption von Spezialschulen widersprochen (Frijhoff 1992, 1258). Für die Studenten gilt, dass sie keine Ausbildung erfahren sollten, sondern Bildung durch Wissenschaft. Neben das Fachwissen tritt eine allgemeine sittlich-moralische Erziehung der Studenten, die nicht auf Nützlichkeit ausgerichtet ist.

Bei einer genaueren Betrachtung der Konzeption von Humboldts wird allerdings deutlich, dass es sich hier um Idealvorstellungen handelt, die niemals vollständig umgesetzt wurden. Mit dem Ziel der Bildung ist zunächst eine Ablehnung von praktischer Ausbildung verbunden, die nicht als Teil der Wissenschaft angesehen wurde. Die Universitäten verfolgten hier eine Strategie der Abschottung, die dazu führte, dass neben den Universitäten weitere Ausbildungsstätten gegründet wurden, die eine anwendungsorientierte Forschung und Ausbildung anboten. Die Universitäten blieben zwar die dominante akademische Ausbildungsstätte, dennoch hatten die Spezialschulen beachtlichen Erfolg. Nicht zuletzt diese Erfolge führten im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts dazu, dass die Technischen Hochschulen den vollen Universitätsstatus – und damit das Promotionsrecht – erlangten, das Universitätssystem sich also ausdifferenzierte (Roellecke 1982, 24). Es entstanden also durchaus Fachschulen in Deutschland, die aber aufgrund des „academic drift“ (vgl. zum Beispiel Riesman 1956; Neave 1979) historisch betrachtet insgesamt rasch, wenn auch zum Teil gegen erhebliche Widerstände der bestehenden Universitäten in das Universitätssystem eingegliedert wurden.

⁷ Turner (1981) spricht hier auch von einem „Forschungsimperativ“, der die neue Professorenrolle in besonderem Maße prägte. Am Beispiel verschiedener preußischer Universitäten zeigt er, dass dieser Imperativ jedoch zum Teil unabhängig von der zentralen Schrift von Humboldts zur universitären Leitidee avancierte.

Hochschulen

Fragestellungen, Ergebnisse und Perspektiven der
sozialwissenschaftlichen Hochschulforschung

Hüther, O.; Krücken, G.

2016, X, 357 S. 42 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-11562-3